

Schwerpunkte der Plenartagung, 21.-24. November Straßburg

Frauen in Aufsichtsräten: neue Regeln für ausgewogeneres Geschlechterverhältnis

Alle großen börsennotierten Unternehmen in der EU müssen künftig Maßnahmen für eine ausgewogenere Vertretung von Frauen und Männern in Leitungsgremien ergreifen.

4

Abgeordnete wollen Russland zu staatlichem Terrorismus-Unterstützer erklären

Am Mittwoch werden die Abgeordneten über eine EntschlieÙung abstimmen, in der Russland als Staat, der Terrorismus unterstützt, bezeichnet wird.

6

Neues Gesetz zum Schutz wesentlicher Infrastrukturen

Am Dienstag werden die Abgeordneten über neue Vorschriften zur Verbesserung der Resilienz kritischer Einrichtungen in der EU debattieren und abstimmen.

7

Parlament feiert 70. Jahrestag

Die Abgeordneten werden am Dienstag um 11:30 Uhr die Gründung der Gemeinsamen Versammlung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl im Jahr 1952 mit einem Festakt begehen.

8

FIFA-Fußballweltmeisterschaft 2022: Debatte zur Menschenrechtsslage in Katar

Das Parlament befasst sich am Montagnachmittag mit der Menschenrechtsslage in Katar im Zusammenhang mit der Vergabe der Fußball-Weltmeisterschaft 2022 an das Land.

9

Debatte über Beziehungen zwischen EU und China mit Josep Borrell

Am Dienstagnachmittag werden die Abgeordneten in einer Debatte mit dem EU-Außenbeauftragten Josep Borrell die jüngsten Entwicklungen in den EU-China-Beziehungen bewerten.

10

Rechtsstaatlichkeit: Jüngste Maßnahmen Ungarns

Debatte zum Stand der Verhandlungen zwischen der EU-Kommission und Ungarn im Zusammenhang mit dem Schutz des EU-Haushalts sowie dem Aufbauplan. 11

Parlament will 18 Milliarden Euro für die Ukraine für 2023 bewilligen

Das Parlament wird über den kurzfristigen Finanzierungsbedarf der Ukraine während des russischen Krieges gegen das Land diskutieren und abstimmen. 12

Weitere Tagesordnungspunkte 13

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/agenda/briefing/2022-11-21>

Weitere Informationen

[Tagesordnung](#)

[Live-Übertragungen der Plenartagung auf EP Live](#)

[Pressekonferenzen und weitere Veranstaltungen auf EP Live](#)

[EP Multimedia Centre](#)

[EP Newshub](#)

• [EU-Hintergrundinformationen zu ausgewählten Plenarthemen](#)

Kontakt

Armin WISDORFF

Pressereferent

☎ (+32) 2 28 40924 (BXL)

📱 (+32) 498 98 13 45

✉ armin.wisdorff@europarl.europa.eu

✉ presse-DE@europarl.europa.eu

Judit HERCEGFALVI

Pressereferentin in Deutschland

☎ (+49) 30 2280 1080

📱 (+49) 177 323 5202

✉ judit.hercegfalvi@europarl.europa.eu

✉ presse-berlin@ep.europa.eu

🐦 [@europarl_de](https://twitter.com/europarl_de)

Bernhard SCHINWALD

Press Officer in Austria

☎ (+43) 1 516 17211

📱 (+43) 660 373 7367

✉ bernhard.schinwald@europarl.europa.eu

Frauen in Aufsichtsräten: neue Regeln für ausgewogeneres Geschlechterverhältnis

Alle großen börsennotierten Unternehmen in der EU müssen künftig Maßnahmen für eine ausgewogenere Vertretung von Frauen und Männern in Leitungsgremien ergreifen.

Die sogenannte Richtlinie über Frauen in Aufsichtsräten ("*Women on Boards*"), die am Dienstag zur Debatte steht, soll transparente Einstellungsverfahren in Unternehmen einführen, um sicherzustellen, dass bis zum 30. Juli 2026 das unterrepräsentierte Geschlecht mindestens 40 % der nicht geschäftsführenden Direktoren/Aufsichtsratsmitglieder oder mindestens 33 % aller Unternehmensleitungsstellen stellt. Kleine und mittlere Unternehmen (mit weniger als 250 Beschäftigten) sind vom Anwendungsbereich der Richtlinie ausgenommen.

Nach den neuen Vorschriften müssen die Mitgliedstaaten abschreckende und verhältnismäßige Sanktionen wie Geldstrafen für Unternehmen einführen, die offene und transparente Ernennungsverfahren nicht einhalten. Eine gerichtliche Instanz könnte auch den von einem Unternehmen gewählten Vorstand für nichtig erklären, wenn dieser gegen die Grundsätze der Richtlinie verstößt.

Nach der förmlichen Verabschiedung durch das Parlament wird die Richtlinie 20 Tage nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der EU in Kraft treten. Die Mitgliedstaaten müssen die Vorschriften innerhalb von zwei Jahren umsetzen.

Heute sind nur **30,6 % der Vorstandsmitglieder** in den größten börsennotierten Unternehmen der EU Frauen, wobei zwischen den Mitgliedstaaten erhebliche Unterschiede bestehen (von 45,3 % in Frankreich bis 8,5 % in Zypern).

Debatte: Dienstag, 21. November

Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren), zweite Lesung

Weitere Informationen

[EP-Hintergrundinformationen - „Gender balance on corporate boards“](#)

[Pressemitteilung nach der Einigung \(07.06.2022\)](#)

[Berichterstatterin für den Rechtsausschuss Lara Wolters \(S&D, NL\)](#)

[Berichterstatterin für den Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter Evelyn Regner \(S&D, AT\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[EP-Hintergrundinformationen - „Politische Strategien der Mitgliedstaaten im Hinblick auf Frauen in Leitungsorganen und deren Auswirkungen auf die Corporate Governance“ \(7. Juni 2021\)](#)

[Kostenlose Fotos, Video- und Audiomaterialien](#)

Abgeordnete wollen Russland zu staatlichem Terrorismus-Unterstützer erklären

Am Mittwoch werden die Abgeordneten über eine Entschließung abstimmen, in der Russland als Staat, der Terrorismus unterstützt, bezeichnet wird.

In seinem Krieg gegen die Ukraine hat das russische Militär seine Angriffe auf zivile Ziele wie Energieinfrastruktur, Krankenhäuser, medizinische Einrichtungen, Schulen und Unterkünfte verstärkt - und damit gegen Völkerrecht und humanitäres Völkerrecht verstoßen. Mit der Erklärung Russlands zum staatlichen Terrorismus-Unterstützer wollen die Abgeordneten den Boden dafür bereiten, dass Putin und seine Regierung für diese Verbrechen vor einem internationalen Gericht zur Rechenschaft gezogen werden können.

Die Debatte fand während der Oktober-Plenartagung statt.

Abstimmung: Mittwoch, 22. November

Verfahren: Nichtlegislative Entschließung

Weitere Informationen

[EP-Hintergrundinformationen - „Russia's war on Ukraine: Designating a state as a sponsor of terrorism“](#)

[Videoaufzeichnung der Aussprache 18.10.2022](#)

[Pressemitteilung - „Parlament fordert massive Aufstockung der Militärhilfe für die Ukraine“ \(06.10.2022\)](#)

[Kostenloses Foto-, Video- und Audiomaterial](#)

Neues Gesetz zum Schutz wesentlicher Infrastrukturen

Am Dienstag werden die Abgeordneten über neue Vorschriften zur Verbesserung der Resilienz kritischer Einrichtungen in der EU debattieren und abstimmen.

Die zwischen dem Parlament und dem Rat [vereinbarte Gesetzgebung](#) würde den Schutz der wesentlichen Infrastrukturen in der EU durch die Einführung harmonisierter Mindestverpflichtungen für Risikobewertungen und nationale Resilienzstrategien verbessern. Auch die Definitionen wesentlicher Infrastrukturen und die Kommunikationspraxis sollen harmonisiert werden, wobei in jedem Land einheitliche Ansprechpartner eingerichtet werden, um die grenzüberschreitende Kommunikation zu erleichtern.

Die neuen Regeln würden in 11 Sektoren Anwendung finden: Energie, Verkehr, Banken, Finanzmarktinfrastruktur, digitale Infrastruktur, Trinkwasser und Abwasser, Erzeugung, Verarbeitung und Vertrieb von Lebensmitteln, Gesundheit, öffentliche Verwaltung sowie im Weltraumsektor.

Debatte: Dienstag, 22. November

Abstimmung: Dienstag, 22. November

Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren), Einigung in erster Lesung

Weitere Informationen

[Entwurf des Berichts über die Resilienz kritischer Einrichtungen](#)

[Berichterstatter Michal Šimečka \(Renew, SK\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[EP-Hintergrundinformationen - „Resilienz kritischer Einrichtungen“ \(16.11.2022\)](#)

[EP-Hintergrundinformationen - „Question time: Protecting critical infrastructure in the EU and countering hybrid attacks“ \(14.10.2022\)](#)

Parlament feiert 70. Jahrestag

Die Abgeordneten werden am Dienstag um 11:30 Uhr die Gründung der Gemeinsamen Versammlung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl im Jahr 1952 mit einem Festakt begehen.

Die Präsidentin des Europäischen Parlaments, Roberta Metsola, wird die Zeremonie mit einer Erklärung eröffnen, gefolgt von Ansprachen der Premierminister der drei Arbeitsorte des Europäischen Parlaments - der französischen Premierministerin Élisabeth Borne, des belgischen Premiers Alexander de Croo und des luxemburgischen Premiers Xavier Bettel. Zum Abschluss der Zeremonie wird das Orchester Beethovens Ode an die Freude spielen.

Hintergrund

Am 10. September 2022 war der 70. Jahrestag der ersten Sitzung der Gemeinsamen Versammlung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS). Sie wurde 1952 einberufen und setzte sich aus 78 ernannten Parlamentariern der nationalen Parlamente der einzelnen Mitgliedstaaten zusammen. Im Jahr 1958, nach der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft, wurde die Gemeinsame Versammlung der EGKS erweitert und in "Europäische Parlamentarische Versammlung" umbenannt. Im Jahr 1962 nahm sie den Namen "Europäisches Parlament" an.

Feierliche Sitzung: Dienstag, 22. November

Weitere Informationen

[EP Multimedia-Center: kostenlose Fotos, Video- und Audiomaterialien](#)

FIFA-Fußballweltmeisterschaft 2022: Debatte zur Menschenrechtslage in Katar

Das Parlament befasst sich am Montagnachmittag mit der Menschenrechtslage in Katar im Zusammenhang mit der Vergabe der Fußball-Weltmeisterschaft 2022 an das Land.

Die Entscheidung der FIFA, die Fußballweltmeisterschaft 2022 an Katar zu vergeben, hat sowohl bei Menschenrechtsorganisationen als auch bei Fußballfans eine Kontroverse ausgelöst. Daten, die von mehreren Menschenrechtsgruppen mit diplomatischen Vertretungen in Doha abgeglichen wurden, deuten darauf hin, dass im Vorfeld des Turniers Tausende von ausländischen Arbeitern auf Baustellen oder infolge von Bauarbeiten im Land ums Leben gekommen sind. Katar wird unter anderem vorgeworfen, die Pressefreiheit zu unterdrücken und hart gegen die Rechte von Frauen und LGBTIQ+-Personen vorzugehen.

Die Abgeordneten des Unterausschusses für Menschenrechte führten am Montag, den 14. November, eine Debatte über die Situation in Katar mit dem Arbeitsminister des Landes, Ali bin Samich al-Marri. Sie können sich die Debatte [hier noch einmal ansehen](#).

Debatte: Montag, 21. November

Verfahren: Erklärung der Kommission, mit anschließender Debatte

Weitere Informationen

[Unterausschuss des Europäischen Parlaments für Menschenrechte](#)

[EP-Hintergrundinformationen - „The 2022 FIFA World Cup in Qatar: Turning the spotlight on workers' rights“ \(16.12.2021\)](#)

[Die Delegation des Europäischen Parlaments für die Beziehungen zur Arabischen Halbinsel](#)
[Multimedia-Center des EP: kostenlose Fotos, Video- und Audiomaterialien](#)

Debatte über Beziehungen zwischen EU und China mit Josep Borrell

Am Dienstagnachmittag werden die Abgeordneten in einer Debatte mit dem EU-Außenbeauftragten Josep Borrell die jüngsten Entwicklungen in den EU-China-Beziehungen bewerten.

Die Plenardebatte wird ein breites Spektrum von Aspekten der Beziehungen zwischen der EU und China abdecken. Dazu gehören die jüngsten politischen Entwicklungen nach der Wiederwahl des amtierenden chinesischen Präsidenten und Generalsekretärs der Kommunistischen Partei Xi Jinping im Oktober, der jüngste [Bericht](#) des Hochkommissars für Menschenrechte der Vereinten Nationen über die Verfolgung der uigurischen Bevölkerung in China, die europäischen Bemühungen, China dazu zu bewegen, Russland zur Beendigung seines Krieges in der Ukraine zu drängen, sowie die Warnungen der Europaabgeordneten vor den anhaltenden Spannungen in der Straße von Taiwan und ihr Drängen auf eine stärkere Partnerschaft zwischen der EU und Taiwan.

Vor dem Hintergrund der anhaltenden Menschenrechtsverletzungen in China erneuerten die Abgeordneten des Unterausschusses für Menschenrechte im September ihre [Forderung nach einem harten Vorgehen der EU gegen Peking](#), einschließlich eines Verbots der Einfuhr von Waren, die in Zwangsarbeit hergestellt wurden.

Debatte: Dienstag, 22. November

Verfahren: Erklärung des EU-Außenbeauftragten mit anschließender Debatte

Weitere Informationen

[Die Delegation des Europäischen Parlaments für die Beziehungen zur Volksrepublik China](#)
[Multimedia-Center des EP: kostenlose Fotos, Video- und Audiomaterialien](#)

Rechtsstaatlichkeit: Jüngste Maßnahmen Ungarns

Debatte zum Stand der Verhandlungen zwischen der EU-Kommission und Ungarn im Zusammenhang mit dem Schutz des EU-Haushalts sowie dem Aufbauplan.

Am 18. September 2022 schlug die Kommission vor, [7,5 Milliarden Euro an EU-Mitteln für Ungarn einzufrieren](#), nachdem sie im April den Rechtsstaatlichkeitsmechanismus der EU gegen Ungarn ausgelöst hatte, und begründete dies mit Problemen im Zusammenhang mit Korruption und öffentlichem Auftragswesen.

Ungarn hat 17 Abhilfemaßnahmen vorgelegt, um die Bedenken der Kommission auszuräumen. Die Kommission bezeichnete die Maßnahmen als „Schritt in die richtige Richtung“ und gab Ungarn eine Frist bis zum 19. November, um erhebliche Fortschritte bei der Umsetzung dieser Maßnahmen nachzuweisen. Danach wird die Kommission die Situation erneut bewerten, bevor der Rat voraussichtlich beschließen wird, den Mechanismus der Rechtsstaatlichkeit in Ungarn anzuwenden.

Im Mai 2021 legte Ungarn seinen ursprünglichen Vorschlag für den Aufbauplan im Rahmen der Aufbau- und Resilienzfazilität vor, in dem es nur eine Zuschussfinanzierung (und keine Darlehen) beantragte, aber die Kommission lehnte ihn aufgrund von Bedenken hinsichtlich Korruption und Justizproblemen ab. Im Frühjahr 2022 erweiterte die ungarische Regierung ihren Antrag um Darlehen und legte einen neuen Plan vor, den die Kommission noch nicht gebilligt hat.

Die Debatte findet am Montagnachmittag statt, gleich nach der Eröffnung der Plenarsitzung.

Eine Entschließung wird am Donnerstag zur Abstimmung gestellt.

Aussprache: Montag, 21. November

Abstimmung: Donnerstag, 24. November

Verfahren: Erklärungen der Kommission mit anschließender Debatte und Entschließung

Weitere Informationen

[Plenardebatte: \(4.10.2022\) „Protection of EU budget: MEPs warn Commission to “not compromise” with Hungary“](#)

[Pressekonferenz der Ko-Berichterstatter und Schattenberichterstatter von \(17.11.2022\)](#)

Parlament will 18 Milliarden Euro für die Ukraine für 2023 bewilligen

Das Parlament wird über den kurzfristigen Finanzierungsbedarf der Ukraine während des russischen Krieges gegen das Land diskutieren und abstimmen.

Laut dem [Vorschlag der Kommission](#), der die Abgeordneten um eine schnelle Genehmigung im Rahmen des "Dringlichkeitsverfahrens" des EP bittet, werden die 18 Milliarden Euro einen Teil des geschätzten monatlichen Finanzierungsbedarfs von 4 Milliarden Euro in der Ukraine decken, um wesentliche öffentliche Dienstleistungen, makroökonomische Stabilität und die Wiederherstellung kritischer Infrastrukturen, die von Russland zerstört wurden, zu decken.

Wenn die Abgeordneten am Dienstag der Anwendung des Dringlichkeitsverfahrens zustimmen, werden sie am Donnerstag über den Vorschlag selbst abstimmen, nachdem sie am Mittwoch eine Debatte mit der Kommission und dem Rat geführt haben.

Abstimmung über die Dringlichkeit: Dienstag, 22. November

Debatte: Mittwoch, 23. November

Abstimmung: Donnerstag, 24. November 2022

Verfahren: ordentliches Gesetzgebungsverfahren, Dringlichkeitsverfahren

Weitere Informationen

[Diskussion über den Vorschlag im Handelsausschuss \(14.11.2022, ab 17:01\)](#)

[EP-Pressemitteilung - „Parlament billigt 5-Milliarden-Euro-Darlehen für die Ukraine“ \(15.09.2022\)](#)

[EP-Pressemitteilung - „MEPs approve €1 billion loan to Ukraine“ \(07.07.2022\)](#)

[Website „Stand with Ukraine“](#)

[Zeichen der Solidarität mit der Ukraine \(Europäische Kommission\)](#)

Weitere Tagesordnungspunkte

EP-Hintergrundinformationen zu ausgewählten Plenarthemen

[Neue Strategie der EU für die Erweiterung](#) - Bericht: *Tonino Picula (A9-0251/2022)*, Debatte Dienstag, Abstimmung Mittwoch

Steuerung der Migrationsströme, Rettung auf See, *Erklärungen von Rat und Kommission mit anschließender Debatte*, Mittwoch

Haushaltsverfahren 2023: [Ergebnis der Vermittlung](#), *Abstimmung über EU-Haushalt, Debatte Dienstag, Abstimmung Mittwoch*

[Eigenmittelsystem der Europäischen Union](#) - Bericht: *Valérie Hayer, José Manuel Fernandes*, Debatte Dienstag, Abstimmung Mittwoch

Wirtschaftspolitische Steuerung der Union, *Fragestunde mit den EU-Kommissaren Dombrovskis und Gentiloni*, Debatte Dienstag

[Politikprogramm für 2030 „Weg in die digitale Dekade“](#) - Bericht: *Martina Dlabajová*, Debatte und Abstimmung Donnerstag

Situation im Iran, *Debatte mit dem EU-Außenbeauftragten*, Dienstag

Situation der Menschenrechte in Ägypten, *Erklärungen der Kommission mit anschließender Debatte und Entschließung*, Debatte Dienstag, Abstimmung Donnerstag

Ukraine und Vermeidung einer weltweiten Nahrungsmittelkrise, *Fragestunde mit dem EU-Außenbeauftragten* Dienstag

▪